

15.04.02

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Ergebnis der
Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. März 2002 in
Barcelona**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 202111 - vom 11. April 2002. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung
in der Sitzung am 20. März 2002 angenommen.

Stellungnahme des Bundesrates: Drs. 57/02 (Beschluss)

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Ergebnis der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. März 2002 in Barcelona

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Die Lissabonner Strategie – den Wandel herbeiführen“ (KOM(2002) 14) und der weiteren 21 dem Europäischen Rat unterbreiteten Dokumente des Rates und der Kommission,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 28. Februar 2002 zu der Strategie für Vollbeschäftigung und soziale Integration im Vorfeld des Frühjahrsgipfels in Barcelona: „Der Lissabon-Prozess und der einzuschlagende Weg“¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 28. Februar 2002 zu der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf den Europäischen Rat von Barcelona²,
 - unter Hinweis auf seine Empfehlung vom 13. Dezember 2001 an den Rat zur Krise im Nahen Osten und der Rolle der Europäischen Union in der Region³ und seine Entschließung vom 7. Februar 2002 zur Lage im Nahen Osten⁴,
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rates,
- A. unter Hinweis auf den Zweck der Frühjahrstagung des Rates, nämlich die Überprüfung der Fortschritte in der auf zehn Jahre angelegten Modernisierungsstrategie, die im März 2000 in Lissabon vereinbart und im Juni 2001 in Göteborg durch eine Umweltdimension ergänzt worden war, sowie das Ziel, den festgelegten Prioritätsbereichen für das kommende Jahr eine politische Dynamik zu verleihen,

I. Die Lissabonner Strategie

Allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Rahmen

1. begrüßt das Ergebnis des Europäischen Rates von Barcelona ohne Einschränkung nach der im vergangenen Jahr in Stockholm erfolgten Überarbeitung der Lissabonner Strategie; betont erneut, dass der Lissabonner „policy mix“ von sich wechselseitig stützenden Maßnahmen der Wirtschaftsreform, der Vollbeschäftigung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung beibehalten werden sollte, damit auf jeder Frühjahrstagung des Europäischen Rates erhebliche Fortschritte in all diesen Bereichen

¹ Angenommene Texte P5_TA(2002)0079.

² Angenommene Texte P5_TA(2002)0081.

³ Angenommene Texte Punkt 7.

⁴ Angenommene Texte P5_TA(2002)0054.

erzielt werden können;

2. begrüßt die Tatsache, dass der Europäische Rat seine Schlussfolgerungen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung auf den Europäischen Rat von Sevilla im Juni 2002 vertagt hat, um eine umfassende Konsultation zu der kürzlich angenommenen Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung“ (KOM(2002) 82) auf EU-Ebene zu ermöglichen; fordert möglichst umfassende Vorbereitungen innerhalb der Organe der Europäischen Union und beabsichtigt, auf seiner Mai-Tagung 2002 eine eingehende Aussprache über dieses Thema zu führen;
3. begrüßt die Initiative des spanischen Ratsvorsitzes, die Bewerberländer in die Lissabonner Strategie zu integrieren, und sieht ihrer Einbeziehung in das zusammenfassende Dokument, das die Kommission im Rahmen der Überarbeitung im kommenden Jahr erstellen wird, mit großer Erwartung entgegen;
4. betont, dass bei der Durchführung dieser Modernisierungsreformen die Werte des europäischen Sozialmodells unbedingt beachtet werden müssen, wobei staatliche Interventionen, die zu Abhängigkeit führen, zu vermeiden sind und anerkannt werden muss, dass die Systeme des sozialen Schutzes durch das Verfahren der „offenen Zusammenarbeit“ gestärkt werden; begrüßt das Engagement des Rates für Vollbeschäftigung sowie das von ihm bekräftigte Ziel, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen; betont, dass die Verbesserung der Qualität der Beschäftigung einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und ökologischer Hinsicht leisten wird;
5. begrüßt den Umstand, dass der Europäische Rat die Bedeutung der Ratifizierung des Protokolls von Kyoto und von dessen Inkrafttreten vor dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg erneut bestätigt hat; ist der Auffassung, dass die Europäische Union größere Anstrengungen unternehmen sollte, um die auf der Tagung des Europäischen Rates von Göteborg festgelegte Strategie der nachhaltigen Entwicklung umzusetzen, um eine Gleichgewicht zwischen ihren wirtschaftlichen, sozialen und Umweltdimensionen zu erreichen, und daher konkrete Schritte wie z.B. einen Zeitplan für Maßnahmen, Ziele, mehr Indikatoren und Folgemaßnahmen vereinbaren sollte; fordert erneut möglichst vollständige Vorbereitungen innerhalb der EU-Institutionen, einschließlich einer umfassenden Beteiligung des Europäischen Parlaments, hinsichtlich der Weiterverfolgung der Prozesse von Lissabon und Göteborg sowie bei der Vorbereitung des in Johannesburg stattfindenden Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung; zeigt sich in diesem Zusammenhang zutiefst besorgt über das Programm der USA auf dem Gebiet des Klimawandels und bekräftigt erneut sein Festhalten am Kyoto-Prozess;
6. vertritt die Auffassung, dass eine zunehmende Tendenz besteht, übermäßig gesteigerte Erwartungen zu erzeugen, die von einer Tagung des Europäischen Rates zur nächsten erfüllt werden müssen, und dass der Schwerpunkt darauf liegen muss, reale und erreichbare Ziele zur Förderung des Wirtschaftswachstums in Europa zu verwirklichen;

Aufrechterhaltung der Dynamik

7. ist der Auffassung, dass die beginnende globale Erholung eine gute Gelegenheit zur Stärkung der Koordination der Wirtschaftspolitiken und zur Bestätigung einer gut definierten wirtschaftspolitischen Strategie auf der Grundlage von Wachstum und stabilitätsorientierten makroökonomischen Politiken sowie kontinuierlichen Fortschritten

im Bereich der Wirtschaftsreformen darstellt; erkennt die Notwendigkeit an, die europaweite Wirtschafts- und Investitionspolitik zu stärken, um einen Anreiz für öffentliche und private Investitionen sowie Beschäftigung durch angemessene wirtschaftliche Koordination zu schaffen;

8. begrüßt das Engagement des Europäischen Rates in Bezug auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt und erwartet von den Mitgliedstaaten, dass sie die nötigen Reformen zur Erreichung des Zwischenziels eines annähernd ausgeglichenen Haushalts oder eines Überschusses bis 2004 umsetzen;
9. unterstützt im Rahmen der Diskussion über die große Herausforderung der Überalterung der Bevölkerung die Aufforderung des Rates zu einer beschleunigten Reform der Rentensysteme, um sicherzustellen, dass sie sowohl finanziell tragbar sind als auch ihren sozialen Zielsetzungen gerecht werden; ist der Auffassung, dass eine neue multidisziplinäre Strategie erforderlich ist, und fordert daher die umfassende Einbeziehung des Parlaments, wenn Kommission und Rat ihren gemeinsamen Rentenbericht für den Europäischen Rat im Frühjahr 2003 vorbereiten; nimmt den ersten Schritt des Europäischen Rates zur Kenntnis, Vorruhestandsanreize zu reduzieren und mehr Möglichkeiten für ältere Arbeitnehmer, im Arbeitsleben zu verbleiben, zu bieten;
10. bekräftigt erneut, dass die Verwirklichung der Ziele von Lissabon in Bezug auf die Beschäftigungsraten und eine wissensbasierte europäische Wirtschaft zu den Schlüsselementen der Strategie gehören; weist darauf hin, dass Reformen zu besseren Arbeitsplätzen führen müssen, um eine wissensbasierte Wirtschaft zu schaffen, und daher erhebliche Investitionen in Menschen und ihr Potenzial, insbesondere in den Bereichen Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen, von wesentlicher Bedeutung sind;
11. begrüßt den Umstand, dass die Rolle der KMU als wichtigster Motor für Innovation anerkannt wird, weist den Europäischen Rat jedoch darauf hin, dass die Verantwortung für die Umsetzung nahezu aller Aktionspunkte der Europäischen Charta für Klein- und Mittelbetriebe bei den Mitgliedstaaten liegt;

Aktive Vollbeschäftigungspolitik

12. erkennt an, dass in manchen Mitgliedstaaten die Reform eines starren Arbeitsmarktes hin zu einem flexibleren, ausgewogeneren und stabileren Arbeitsmarkt bedauerlicherweise allzu lange hinausgezögert wurde; begrüßt die Absicht des Europäischen Rates, die Beschäftigungsleitlinien und -maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung zu überarbeiten; betont nachdrücklich, dass sich der wirtschaftliche und der soziale Fortschritt gegenseitig stützen müssen, weshalb diese Reformen in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern verwirklicht werden müssen; nimmt die Bereitschaft zur stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Wandel, der sie betrifft, zur Kenntnis; ersucht den Europäischen Rat, in Sevilla eine neue EIB-Fazilität für individuelle Fortbildungskonten/Projekte des lebenslangen Lernens zu beschließen;
13. erinnert daran, dass der Rat "Beschäftigung und Sozialpolitik" am 7. März 2002 die Notwendigkeit betont hat, auf die Gleichstellung von Männern und Frauen hinzuwirken, indem es Männern und Frauen erleichtert wird, in den Arbeitsmarkt einzutreten und dort zu verbleiben, und dass der Rat neue Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert hat, insbesondere durch die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder und andere betreuungsbedürftige Personen; begrüßt daher die Schlussfolgerungen des

Europäischen Rates von Barcelona, in denen die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, bis 2010 gemäß ihren einzelstaatlichen Bestimmungen spezifische Vorkehrungen für die Kinderbetreuung zu treffen;

Wirtschaftliche Verflechtung in Europa

14. ist der Auffassung, dass der laufende Liberalisierungsprozess, der den Wettbewerb auch auf die Netzwerkindustrie ausweiten wird, in völliger Übereinstimmung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und hohen Sicherheitsstandards abgeschlossen werden kann und muss; begrüßt daher die in Barcelona gefassten wichtigen Beschlüsse zur Gewährleistung qualitativ hochstehender öffentlicher Dienstleistungen in der Europäischen Union als Grundelement für die Bürger und für den territorialen und sozialen Zusammenhalt;
15. begrüßt die im Energiebereich erzielte Vereinbarung und erwartet die Reaktion des Rates auf die erste Lesung des Europäischen Parlaments betreffend die Öffnung des Elektrizitäts- und Erdgasmarktes; erwartet, dass der Europäische Rat auf seiner nächsten Tagung über einen Termin für die Öffnung des Energiemarktes für private Verbraucher entscheidet; ist der Auffassung, dass die Vollendung des Binnenmarktes und die weitere Liberalisierung in Schlüsselsektoren wie dem Energiesektor kein Selbstzweck sind, sondern dass sie auch ein Mittel sein können, ein wettbewerbsfähigeres, qualitativ hochwertigeres und nachhaltigeres Wachstum mit einem größerem sozialen Zusammenhalt und besseren, kostengünstigeren und effektiveren Dienstleistungen für die Bürger zu erzielen;
16. weist erneut auf die Bedeutung des Galileo-Projekts hin, begrüßt die Rolle des spanischen Ratsvorsitzes und der Kommission bei der Erzielung eines Durchbruchs in Bezug auf dieses ehrgeizige Projekt und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Vorbereitungsarbeiten rasch in Angriff zu nehmen, um die verlorene Zeit aufzuholen;
17. begrüßt die erzielten Fortschritte bei der Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums bis 2004, wodurch ein hocheffizienter europäischer Luftraum und ein Kapazitätsniveau garantiert werden, das den Erwartungen der Nutzer entspricht;
18. bekräftigt die Unterstützung für eine rasche Umsetzung des „zweiten Eisenbahnpakets“ zur Einführung des Wettbewerbs bei der Erbringung von Dienstleistungen und in Verbindung mit anderen Verkehrsnetzen und Verkehrsmitteln;
19. nimmt zur Kenntnis, wie der spanische Ratsvorsitz die Integration der Finanzmärkte vorangetrieben und darauf gedrungen hat, durch eine Reduzierung der Kosten für den Zugang zu Kapital die Vorteile einer effizienten Kanalisierung des Sparvermögens zu nutzen, um die Investitionen in der Europäischen Union zu fördern;
20. bekräftigt erneut seine Überzeugung, dass die Vereinbarungen in Bezug auf die Lamfalussy-Vorschläge eine Verwirklichung der Ziele und die Einhaltung der Fristen des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen ermöglichen werden; erwartet in diesem Zusammenhang die frühzeitige Vorlage des Gemeinsamen Standpunkts des Rates über betriebliche Altersversorgungssysteme;
21. begrüßt die Wiederbelebung der e-Europa-Initiative mit Hilfe eines Aktionsplans e-Europa 2005 für Bürger und Unternehmen; ist der Auffassung, dass zur Beschleunigung des zögerlichen Starts des elektronischen Geschäftsverkehrs die Umsetzung der EG-

Rahmengesetzgebung durch eine Förderung der Breitbandentwicklung mit Hilfe wettbewerbsfördernder Maßnahmen und die Gewährleistung sicherer Online-Geschäfte sowie von Netzwerksicherheit prioritär behandelt werden sollten;

Wettbewerbsfähige wissensbasierte Wirtschaft

22. begrüßt nachdrücklich, dass der Europäische Rat übereingekommen ist, dass die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Innovation angehoben werden und bis 2010 ca. 3% des BIP betragen sollten; sieht einer weiteren Stärkung der Verbindungen zwischen EU-finanzierter Forschung und Innovation in Unternehmen, beispielsweise im Bereich umweltfreundlicher Technologien, mit großer Erwartung entgegen;
23. ist der Auffassung, dass der Europäische Rat hätte weitergehen und den rechtzeitig vorgelegten Vorschlag der Kommission für einen Aktionsplan über Biowissenschaften und Biotechnologie, in dem die aufkommenden umweltspezifischen und ethischen Fragen dargelegt werden, hätte annehmen können; bedauert nachdrücklich, dass die Fristen für die Annahme des Gemeinschaftspatents und zur Aktualisierung der Bestimmungen zum öffentlichen Auftragswesen nicht eingehalten wurden, und erwartet, dass bei ihrer Umsetzung keine weiteren Verzögerungen entstehen;
24. warnt in Bezug auf die Ausgestaltung nationaler Bildungssysteme auf allen Ebenen vor einer übermäßigen Betonung der Berufsqualifikationen zu Lasten anderer Ziele wie politische Bildung, soziale Fertigkeiten, Erlernen von Fremdsprachen und kulturelle Verständigung;

Verbesserung der Arbeitsmethoden

25. begrüßt das Engagement des Europäischen Rates, bis zu seiner Tagung in Sevilla zu einer Lösung des ernsthaften Problems der Arbeitsmethoden des Rates zu gelangen, einschließlich der Nichtbeachtung gegebener Versprechen und festgelegter Fristen durch andere Ratszusammensetzungen;
26. bekräftigt seine Bereitschaft, seine eigene legislative Verantwortung wahrzunehmen und zügig zu arbeiten, und fordert, dass sich Parlament, Rat und Kommission gemeinsam auf eine Reihe von Leitlinien für mehr Effizienz und Transparenz bei der europäischen Gesetzgebung einigen;
27. ist der Auffassung, dass diese Diskussionen ausgedehnt werden sollten auf eine Überprüfung des offenen Verfahrens der Koordination zwischen den Mitgliedstaaten in Bereichen wie Renten, Gesundheitswesen und Bildung, um zu gewährleisten, dass das Europäische Parlament umfassend an den Arbeiten des Rates und der Kommission in diesen Bereichen beteiligt wird;
28. fordert den Europäischen Rat auf, auf den Ergebnissen des Europäischen Rates von Barcelona aufzubauen und die Notwendigkeit anzuerkennen, dass die Organe der Gemeinschaft untereinander und mit den Bewerberstaaten zusammenarbeiten müssen, damit die jährliche Politikstrategie, die Strategie von Lissabon und die damit zusammenhängenden Leitlinien in Zukunft miteinander verknüpft werden;
29. begrüßt die Unterstützung des Europäischen Rates für den politischen Dialog mit dem Europäischen Parlament; erwartet in diesem Zusammenhang dringend die Einsetzung einer

interinstitutionellen Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Arbeitsmethoden noch vor der Vorlage des Aktionsplans durch die Kommission;

30. begrüßt die in Absprache mit dem Ratsvorsitzenden ergriffene Initiative des Generalsekretärs des Rates, Javier Solana, alle erforderlichen Kontakte mit den Mitgliedern des Europäischen Rates herzustellen, um auf dem Europäischen Rat in Sevilla im Juni 2002 einen Bericht vorzulegen, in dem konkrete Maßnahmen zur Steigerung seiner Effizienz und zur Sicherstellung einer größeren Transparenz des Rechtsetzungsprozesses vorgeschlagen werden;

II. Sonstige Fragen

Naher Osten

31. begrüßt die Erklärung des Europäischen Rates von Barcelona zum Nahen Osten, die mit seiner eigenen Einschätzung in Bezug auf den Ernst der Lage übereinstimmt; fordert einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende jeglicher Gewalt in der Überzeugung, dass es keine militärische Lösung für diesen Konflikt gibt und Frieden und Sicherheit in der Region nur durch Verhandlungen und Dialog wiederhergestellt werden können;
32. begrüßt gemeinsam mit dem Europäischen Rat die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommene Resolution 1397 sowie die vom saudiarabischen Thronfolger Abdallah vorgelegte Initiative; bekräftigt erneut seine Bereitschaft zur Vermittlung zusammen mit den anderen internationalen Gesprächspartnern, der Arabischen Liga, den Ländern der Region, den Vereinigten Staaten, den Vereinten Nationen und Russland;
33. fordert die israelischen und die palästinensischen Behörden daher dringend auf, in eine neue Phase einzutreten, indem sie internationale Beobachter akzeptieren, neue Verhandlungen auf der Grundlage der Resolution 1397 des UN-Sicherheitsrates und der jüngsten saudiarabischen Initiative aufnehmen sowie Terrorismus und wahllose Gewalt gegen Zivilisten bekämpfen;
34. erneuert seine Forderung nach einem unverzüglichen und tatsächlichen Rückzug der israelischen Armee aus den von der Palästinensischen Behörde kontrollierten Gebieten und einer Einstellung von Hinrichtungen ohne ordentlichen Prozess; fordert die Palästinensische Behörde auf, die volle Verantwortung für die Bekämpfung des Terrorismus zu übernehmen; fordert Israel auf, die Maßnahmen zur Isolierung der palästinensischen Bevölkerung aufzuheben, die Siedlungspolitik zu stoppen und die Vierte Genfer Konvention einzuhalten;
35. erklärt schließlich seine Bereitschaft und Unterstützung für die Initiative seines Präsidenten, den Sitz des Europäischen Parlaments als Forum des Friedens und der Begegnung zwischen Schimon Peres und Yassir Arafat anzubieten;

Serbien und Montenegro

36. begrüßt die am 14. März 2002 in Belgrad zwischen der politischen Führung Serbiens und Montenegros erzielte und durch Vermittlung des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zustande gekommene Einigung über den Grundsatz einer gemeinsamen Verfassung für Serbien und Montenegro; äußert die Hoffnung, dass die Umsetzung dieser Vereinbarung einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität in der Region

leisten wird; ist mit dem Europäischen Rat der Meinung, dass die Umsetzung dieser Vereinbarung im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses unter voller Einhaltung der Konditionalitätspolitik unterstützt werden muss;

Simbabwe

37. stimmt mit dem Europäischen Rat darin überein, dass die Wahlen in Simbabwe nicht als freie und reguläre Wahlen betrachtet werden können, verurteilt die Regierung von Simbabwe als verantwortlich für die erschreckenden Manipulationen, zu denen es gekommen ist, begrüßt das staatsbürgerliche, friedliche und demokratische Verhalten der simbabwischen Bevölkerung und äußert seine Besorgnis in Bezug auf die drohende Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte; ist ferner der Auffassung, dass die Europäische Union dieses Land nicht aufgeben darf, sondern die nötigen Anstrengungen unternehmen muss, um Simbabwe dabei zu helfen, sich auf den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu begeben;

Monterrey

38. begrüßt, dass mit Blick auf die Konferenz von Monterrey die Außenminister in Bezug auf die Entwicklungshilfe zu einer Einigung gekommen sind, und weist darauf hin, dass das Ziel, bis 2004 auf EU-Ebene zu einem Durchschnittswert von 0,39% des BIP zu gelangen, einen ersten wichtigen Schritt darstellt, dass aber das Hauptziel darin besteht, die Entwicklungshilfe gemäß dem von der UNO festgelegten Ziel auf 0,7% des BIP anzuheben;

Gibraltar

39. begrüßt die Wiederaufnahme des Brüsseler Prozesses von 1984 betreffend Gibraltar, unterstützt die Bemühungen der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Spaniens, noch vor dem Sommer 2002 ein Abkommen zu schließen und ersucht die Kommission, Möglichkeiten zu sondieren, wie die Europäische Union ein derartiges Abkommen stützen könnte;

o

o o

40. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Europäischen Rat, dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer zu übermitteln.